

Mit dem „DigitalPakt Schule“ will die Bundesregierung die Schulen beim Einsatz neuer Medien im Unterricht massiv unterstützen, weil klar ist, dass die Länder dies allein nicht finanzieren können. Um den Schülerinnen und Schülern das grundlegende Rüstzeug für die digitale Lebens- und Arbeitswelt mitzugeben, müssen die rund 40.000 Schulen in Deutschland dringend mit einer zeitgemäßen digitalen Ausstattung versorgt werden. Denn während Kinder und Jugendliche sich ständig, aber nur bedingt medienkompetent, in der digitalen Welt bewegen, sind unsere Schulen aufgrund fehlender Ausstattung noch immer analoge Inseln.

Nachdem der Digitalpakt mit der Zustimmung des Bundestages zur Grundgesetzänderung bereits in greifbare Nähe gerückt war, steht der Start zum 1. Januar 2019 nun wieder in den Sternen. Die Leidtragenden sind die Kinder an Deutschlands Schulen, die im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern anderer Nationen schon jetzt abgehängt sind und weiter abgehängt werden.

Das deutsche Bildungssystem kann sich eine Blockadehaltung, ganz gleich durch wen, nicht länger leisten. Für verfassungstheoretische Klimmzüge, die ohnehin kaum jemand versteht, haben wir keine Zeit mehr. Wir brauchen einen dauerhaften Schulerschluss von Bund, Ländern und Kommunen, um das deutsche Bildungssystem endlich ins digitale Zeitalter zu überführen. Dafür sind folgende wesentliche Schritte notwendig, die schnellstmöglich und parallel von den verschiedenen Institutionen angegangen und bearbeitet werden müssen:

Digitale Infrastruktur bereitstellen: An allen Bildungseinrichtungen muss eine intelligente Infrastruktur geschaffen werden. Dafür müssen der flächendeckende Breitbandausbau und die mobile Netzabdeckung weiter vorangetrieben werden. In allen Bildungsbereichen, in denen Lernmittel staatlich finanziert werden, müssen Lernende und Lehrende mit mobilen Endgeräten und sicheren Softwarelösungen ausgestattet werden. Auch Cloud-Dienste für digitalisierte Bildungsinhalte und individualisierte Lernanwendungen müssen vorhanden sein. Die Pflege und Wartung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung darf nicht länger vom ehrenamtlichen Engagement einzelner Lehrkräfte abhängen, sondern muss professionell organisiert werden.

Curricula und Lehrpläne anpassen: Der Erwerb von digitaler Kompetenz muss durch die fächerübergreifende curriculare Verankerung digitaler Bildungsinhalte und digitaler Technologien gewährleistet werden. Die Bildungspläne der Länder müssen für die Digitalisierung fit gemacht werden. Dafür bedarf es auch bundesweit einheitlicher Bildungsstandards, auf die sich die Länder verständigen müssen. Dafür muss unter anderem die bereits im Dezember 2016 vorgelegte Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ umgesetzt werden.

Lehrpersonal befähigen: Digitale Kompetenzen müssen neben der Verankerung in Bildungsstandards und Curricula auch verbindlicher Bestandteil der Lehrerbildung sein – im Lehramtsstudium, Studienseminaren und in der Lehrerfortbildung. Insgesamt müssen methodisch-didaktische Fähigkeiten – auch im Umgang mit digitalen Technologien – während der Lehrerausbildung stärker in den Fokus rücken.

Der Digitalpakt kann dafür einen wesentlichen Beitrag leisten. Gleichzeitig muss allen klar sein, dass Digitalisierung an Schulen eine Daueraufgabe ist und weit über eine einmalige Anschubfinanzierung hinausgeht. Länder und Kommunen benötigen dringend die dauerhafte finanzielle Unterstützung des Bundes, etwa um marode Schulen zu sanieren und deren

digitale Ausstattung zu ermöglichen. Die Änderung des Grundgesetzes ist dafür dringend notwendig.

Es muss jetzt schnell gehandelt werden, sonst ist der Schaden für alle groß: Für die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb: Schluss mit jeder Form der Blockadehaltung. Die Politikerinnen und Politiker im Bund, den Ländern und Kommunen sind nun in der Pflicht, sich ihrer Verantwortung zu stellen und kurzfristig eine Lösung finden.